

Flüchtlingsdrama

Schlepper ausschalten

Gastkommentar

von BRUNO S. FREY und MARGIT OSTERLOH

Schlepper sind die grossen Profiteure der massenhaften Fluchtbewegung. Sie verdienen auf Kosten der Flüchtlinge umso mehr, je mehr Staaten den Flüchtlingsstrom von ihrem Territorium fernzuhalten suchen oder je mehr Erstaufnahmestaaten dazu veranlasst werden, Flüchtlinge zu registrieren, um sie zurückzuschaffen zu können. Die Flüchtlinge versuchen dann, auf dem Weg in ihr Wunschland diese Länder unerkannt zu durchqueren. Dazu benötigen sie Schlepper. Diese beuten die Flüchtlinge nicht nur aus, sondern gefährden sie mitunter an Leib und Leben. Die Menschen, unter ihnen Alte und Kinder, leiden neben Hunger und Durst zunehmend auch an der Kälte. Schutz bekommen sie erst, wenn sie lebend bei uns ankommen. Hinzu kommt die Ungewissheit, ob sich die Mühsal lohnt und sie bleiben können.

Es ist eine Illusion, das Schlepperwesen mit Verboten und Strafen beseitigen zu wollen. Solange eine Nachfrage nach Schleppern besteht, wird dadurch deren Preis nur erhöht. Schon heute kann sich nur die Mittelschicht die Flucht nach Europa leisten. Die Armen werden durch eine Kriminalisierung der Schlepper noch stärker ausgeschlossen.

Wir schlagen eine Lösung dieses Problems vor, bei dem die Schlepper ausgeschaltet werden, die Flüchtlinge auf geordnete und gefahrlose Weise nach Europa kommen können und gleichzeitig die Empfängerländer nicht überrannt werden. Der Vorschlag sieht vor, von jedem Einwanderungswilligen eine Integrations- und Steuerungsabgabe (ISA) zu erheben. Im Gegenzug können sie gefahrlos einreisen und erhalten Aufnahme. Die Nachfrage nach Schleppern würde zusammenbrechen. Statt dass kriminelle Schlepper finanziert würden, würde das Geld dem Empfängerland zufließen, ohne dass sich die Lage der Flüchtlinge – seien diese politische oder Armutsfüchtlinge – verschlechterte. Diejenigen Einwanderer, die offiziell als Asylsuchende anerkannt werden, erhalten die Abgabe ganz oder teilweise zurück und sind dadurch gegenüber dem bisherigen Zustand sogar besser gestellt. Darüber hinaus können humanitäre Organisationen, Firmen oder Einzelpersonen Hilfe leisten, indem sie die entsprechenden Summen freiwillig aufbringen oder niederschwellige Kredite zur Verfügung stellen. Die grosse Hilfsbereitschaft der Bevölkerung würde in nützliche Bahnen gelenkt. Manch deklamatorisch beschworene «Willkommenskultur» könnte sich als ernsthaft gemeint bewähren.

Die Höhe der Abgabe sollte mehrere Gesichtspunkte umfassen. Zum Ersten sollte sie die Vorteile der gefahrlosen Reise und der geregelten Aufnahme berücksichtigen. Zum Zweiten sollte sie eine Steuerungsfunktion haben, welche die Probleme der Integration lösen hilft. Nach übereinstimmenden Befunden der Migrationsforschung

wird die Integration durch zwei Faktoren erschwert. Es ist dies einerseits die Grösse der bereits im Lande weilenden Ausländergruppen, welche zudem die grösste Anziehungskraft für die Einwanderer bilden und die Integration verlangsamen (in der Schweiz gilt dies insbesondere für die Eritreer). Andererseits wird die Integration durch hohe monetäre Beihilfen an die Einwanderer erschwert. Diese monetären Beihilfen vergrössern die Vorteile, welche Einwanderer ohnehin haben, wenn sie aus einem Land mit schlechtem Sozialsystem und schlechter Infrastruktur zu uns kommen. Gemäss Ergebnissen der Migrationsökonomik haben hohe Geldleistungen neben der negativen Auswirkung auf die Integrationsbereitschaft zudem noch eine negative Selektionswirkung. Eine entsprechend gestaltete Abgabe würde bewirken, dass die Attraktivität für solche Einwanderer sinkt, welche unser Sozialsystem als Hängematte missverstehen.

Die ISA soll verwendet werden, um die Eingliederung der Flüchtlinge in den aufnehmenden Gemeinden und Kantonen zu erleichtern, z. B. durch Sprachkurse, Ausbildung in Berufen, in denen die Flüchtlinge eine gute Erwerbschance haben, sowie zum Ausgleich der zusätzlich erforderlichen Infrastruktur. Unser Vorschlag entspricht einerseits unseren humanitären Grundprinzipien, die auch in der Krise nicht geopfert werden sollen. Andererseits vermeidet er eine Überforderung der heimischen Bevölkerung durch die wachsende Zahl von Asylsuchenden und Armutsfüchtlingen, welche immer weniger trennbar sind. Nicht nur würde eine unbegrenzte Zuwanderung unsere bestehenden Sozialsysteme gefährden, sondern es würde auch unsere bestehende Zivilgesellschaft beschädigt.

Im Unterschied zu den administrativen Verfahren, die bis anhin überwiegen, vermeidet unser Vorschlag die erheblichen Kosten dieser Verfahren. Die Flüchtlinge müssen nicht die Gefahren und Widrigkeiten auf sich nehmen, denen sie derzeit ausgesetzt sind, weil sie auf Schlepper angewiesen sind. Die finanzielle Eintrittsbarriere, die derzeit die Schlepper abkassieren, wird produktiv für die Flüchtlinge und das aufnehmende Land eingesetzt. Die aufnehmenden Länder vermeiden eine administrative Quotenregelung, die – falls überhaupt durchsetzbar – die aufgezeigten Probleme der Integration kaum berücksichtigt.

Bruno Frey ist Professor (em.) für Volkswirtschaftslehre, **Margit Osterloh** ist Professorin (em.) für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich. Beide sind Forschungsdirektoren von Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts) Zürich.